



Hintergrundpapier: Mit mehr Europa in eine bessere Zukunft

Erläuterungen zu den Forderungen der Städte und Gemeinden zur Zukunft der Europäischen Union

- **Erfolge des europäischen Einigungsprozesses besser kommunizieren**
- **Einigungsprozess vorantreiben**

Wer in diesen Tagen die Medien zum Thema Europa verfolgt, muss abgeschreckt sein: Rettungsschirme, Eurokrise, Finanzkrise, drohende Staatspleiten. Dabei muss eines klar gesagt

werden: In Europa erleben wir zurzeit nicht eine Krise des Euro, sondern eine Krise von Staaten und Banken, die über Jahrzehnte mehr Geld ausgegeben, als sie eingenommen haben. Zusätzlich sind viele Spekulationsillusionen geplatzt. Die globale Finanzkrise und ein erheblicher Vertrauensverlust von Investoren haben nun offenkundig werden lassen, dass das System so nicht funktionieren konnte und kann.

Kein Wohlstand ohne die EU

In einer Reaktion hierauf den Europäischen Einigungsprozess infrage zu stellen, ist allerdings die falsche Antwort. In globalisierten Märkten können wir Freiheit, Frieden und Wohlstand nur gemeinsam mit einer starken Europäischen Union wahren. Längst etablieren sich zum Beispiel in Asien Ökonomien, gegenüber denen einzelne Staaten in Europa schon heute nicht mehr wettbewerbsfähig wären. Mit einer einigen und starken EU können wir alle gemeinsam erfolgreich die Wettbewerbsforderungen der Zukunft meistern. Jeder Staat für sich alleine würde diese aber verlieren.

Dies gilt vor allem für die Bundesrepublik Deutschland. Unsere Prosperität, die robuste Wirtschaft und die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sind der Leistungskraft unserer Arbeitnehmer und Unternehmen zu verdanken. Die für ihren Erfolg aber unverzichtbar auf den interna-

tionalen Handel, den Export angewiesen sind. Garant hierfür ist die gemeinsame EU und die gemeinsame Währung Euro. Alleine durch die gemeinsame Währung und die damit verbundenen Handelserleichterungen wird in Deutschland jährlich ein Wirtschaftswachstum von 1 bis 1,5 Prozent generiert.

Zerbrüche der Euro, so würde eine wiedereingeführte D-Mark um über 30 Prozent gegenüber anderen Währungen aufgewertet. Die Folgen wären ein dauerhafter Einbruch unserer Exportstärke, eine tiefe Rezession in Deutschland, Massenarbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen und ein enormer Anstieg von Armut.

Deutschland lebt von Europa

Deutschland lebt von Europa. Die Erwartungen unserer europäischen Partner zur Stützung und Rettung der gemeinsamen ökonomischen Grundlagen stehen daher auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse. Unsere Beiträge dazu dürfen aber die Leistungsfähigkeit unseres Staates und unserer Volkswirtschaft nicht überfordern. Finanzielle Mittel, die unsere Steuerzahler erarbeitet haben, dürfen nicht eingesetzt werden, um Gläubigerinteressen zu befriedigen, deren Spekulationen sich als nicht realisierbar erweisen. Fehler und Versäumnisse in souveränen Staaten können nur dort selbst gelöst und abgestellt werden. Die Lösung liegt nicht in der Stärkung der Nationalstaaten, sondern in der besseren und zuverlässigeren Verzahnung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa.

Hilfe und Kontrolle müssen effektiv aus einer Hand geführt werden. Das geht nur mit einer verstärkten Europäischen Union.



Berlin, 6. August 2012

- **Funktionsfähigkeit Europas mit Kommunen und Regionen verbessern**
- **Subsidiaritätsprinzip beachten**

Damit wird die Europäische Union mehr eigene Staatlichkeit erhalten, als sie heute aufweist. Dies ist nicht zuletzt Gegenstand der verfassungsrechtlichen Prüfung, die aktuell beim Bundesverfas-

sungsgericht über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den EU-Fiskalpakt läuft.

EU über Marktmodell hinaus entwickeln

In dem Maße, in dem die EU eine staatsähnliche Struktur gewinnt, muss sie auch verfassungsrechtlichen Ansprüchen selbst genügen. Historisch gründete sich die EU vor allem auf zwei zentrale Politikfelder: die Gemeinsame Agrarpolitik und seit dem Ende der 1990er-Jahre den Gemeinsamen Binnenmarkt. Gemeinsame Marktziele reichen heute als Grundkonsens nicht mehr aus. Die EU ist längst nicht mehr nur eine Freihandelszone. Wir müssen die Zukunft Europas viel mehr auf gemeinsame Werte und rechtsstaatliche Grundlagen bauen. Mit dem

- **Europäisches Parlament und Ausschuss der Regionen stärken**

Mit dem Ausbau der Europäischen Integration muss ein Ausbau der demokratischen Legitimation und Akzeptanz einher-

gehen. Es gibt nur eine vom Volk direkt gewählte europäische Vertretung: Das Europäische Parlament. Dieses muss weiter gestärkt werden. Es muss in allen europäischen Entscheidungen und der Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Ministerrat mitentscheiden können. Das Parlament muss selbst das Recht erhalten, eigene Gesetzesvorschläge zu unterbreiten. Die politische Kontrolle des EU-Parlaments über die Europäische Kommission als europäischer Exekutive muss gestärkt werden. Auch einzelne Mitglieder der Europäischen Kommission müssen jederzeit vom EP auf dessen eigene Initiative hin aus politischen Gründen abberufen werden können. Die Spitzenbeamten der Generaldirektionen der Europäischen Kommission müssen zukünftig gleich politischen Wahlbeamten für eine bestimmte Zeit gewählt und ebenfalls aus politischen Gründen abwählbar sein. Ein so gestärktes Europaparlament muss seinerseits rechtsstaatlichen demokratischen Grundsätzen genügen. Vor allem muss das Stimmengewicht im EP der Anforderung Rechnung tragen, dass das Gewicht aller Wählerstimmen für

EU-Reformvertrag von Lissabon und der EU-Grundrechtecharta wurden dabei schon wichtige Schritte getan.

Partnerschaft der öffentlichen Ebenen

In einer so vielfältigen und heterogenen EU darf Zentralismus kein Leitmodell sein. Im Sinne des Vertrages von Lissabon müssen die Kommunen und Regionen weiter gestärkt und das Subsidiaritätsprinzip praktisch mit Leben ausgefüllt werden. Es gibt große Erwartungen und Forderungen an die EU zur Lösung der europäischen und globalen Probleme. Sie muss sich aber zugleich auf diese internationalen Themen beschränken. Das Bestreben der EU, bis in jede kleine Gemeinde hinein zu regieren und Fragen zu beantworten, muss beendet werden. Die Gemeinden lösen die örtlichen Probleme selbst am besten, die Regionen die regionalen.

Gelebte Subsidiarität darf nicht heißen, sich gegeneinander abzugrenzen. Sondern sie verlangt, dass alle Akteure sich gegenseitig mit ihren Rechten und Kompetenzen anerkennen und kooperativ ihr bestmögliches für gemeinsame Ziele leisten. Dafür brauchen wir eine partnerschaftliche Umsetzung und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips.

das Abstimmungsgewicht der Abgeordneten im Parlament gleich bzw. gleichwertig ist.

Der Ausschuss der Regionen und Kommunen der EU (AdR) als Vertretung der Kommunen und Regionen muss weiter gestärkt werden. Sein Anhörungsrecht muss auf alle Gegenstände der EU-Politik und Gesetzgebung ausgedehnt werden. Die vom AdR-Plenum beschlossenen Stellungnahmen zu EU-Gesetzgebungsvorgängen müssen zukünftig sowohl vom Parlament als auch vom Rat qualifiziert berücksichtigt werden. Vor allem mit einer ausführlichen und begründeten Darlegung, welche Forderungen des AdR aus welchen Gründen eine Berücksichtigung fanden oder nicht. Der Präsident des Ausschusses der Regionen oder ein Vertreter muss als ständiger Gast in den Sitzungen des Parlaments und des Rates und deren Ausschüssen mit einem Rederecht eingebunden werden.

Die nationalen Delegationen im Ausschuss der Regionen müssen – wie im EP – mit dem Stimmengewicht ihrer Delegierten dem Stimmengewicht der Wähler bei den Regional- und Kommunalwahlen entsprechen, um dem demokratisch legitimierten Mitwirkungsanspruch des AdR in der EU zu genügen. Die deutschen Kommunen bekräftigen ihre langjährige Forderung, in der deutschen Delegation zum Ausschuss der Regionen und Kommunen mit deutlich mehr Delegierten vertreten zu sein.